

Untersuchungen Deponien Muttenz:
Begleit- und Informationsgruppe BIG

Öffentliches Experten-Hearing mit Podiumsdiskussion vom 15.6.2006

Untersuchungen Deponien Muttenz

1. Begrüssung

Thomas Heim begrüsst als Präsident der Begleit- und Informationsgruppe die Referenten sowie die Podiumsteilnehmer, die Mitglieder der Begleit- und Informationsgruppe und das zahlreich erschienene Publikum. Heim weist darauf hin, dass das Hauptthema die Gefährdungsabschätzung für die drei Muttenzer Deponien Feldreben, Margelacker und Muttenz sei.

Ziel ist ein offener Austausch von Informationen, Meinungen und Interpretationen, um Transparenz zu schaffen. Es geht aber auch um die Frage, wie wird die heutige Situation eingeschätzt, gibt es eine Gefährdung und muss etwas getan werden oder nicht.

2. Einleitung

Gemeinderat Andreas Meyer, Präsident des Lenkungsgremiums, erläutert den Stand der Arbeiten (siehe Folien im Anhang).

3. Experten-Hearing

Dem Protokoll liegen die Präsentationen der Referenten als Anhänge bei.

- Dr. Martin Forter, Historiker
- Prof. Dr. Peter Huggenberger, Geologie
- Prof. Dr. Miachel Oehme, Analytik
- Dr. Michael Gruhl, AUE BL

4. Podiumsgespräch

*Thomas Heim stellt als BIG-Präsident und Moderator folgende Grundsatzfrage:
Welches sind die wichtigen Informationen? Was soll die Öffentlichkeit erfahren?*

Rita Bachmann (BIG, CVP):

Fühlt sich als Mitglied der Begleit- und Informationsgruppe als Ansprechpartnerin für die Einwohnerinnen und Einwohner und die Öffentlichkeit. Es ist wichtig, dass Vereine an der Basis über den Stand der Dinge informiert werden und über das Vorgehen mitbestimmen können. Die Muttenzer Bevölkerung muss erfahren, was passiert und an wen man sich wenden kann.

Urs Gujer (IGDRB):

Nimmt als Vertreter der Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Regio Basel (IGDRB) am Gespräch teil. Die IGDRB wurde auf Wunsch der Umweltbehörden von Basel-Stadt, Baselland, des Landratsamtes Lörrach und der Elsässer DRIRE gegründet. Bis im Jahr 2007 werden alle Untersuchungen abgeschlossen sein, worauf die zuständigen Behörden ihre Entscheidungen fällen können. Die Untersuchungen werden die Entscheidungsgrundlagen liefern für die Behörden. Die Verantwortlichen für die Untersuchungen entscheiden aber nicht über den Sanierungs- oder Überwachungsbedarf, sondern das Amt für Umweltschutz und Energie Baselland als dafür zuständige Aufsichtsbehörde.

Hanspeter Meier (BIG, SP):

Gemeinderat Andreas Meyer hat gesagt, wir von der SP hätten beim Antrag Recher die Untersuchungen zeitlich beschleunigen wollen - das war aber nie der Fall. Wir wollen, dass die Gemeinde, resp. die politische Behörde Stellung nimmt, dass sie verlangt, erstmals Richtung Sanierung zu gehen. Nicht dass wir vorerst überwachen, sondern dass wir uns in einem ersten Schritt für die Sanierung entscheiden und dann darüber diskutieren, wie man das angeht. Uns ist bewusst, dass 6 Monate nicht reichen. Die SP beschäftigt sich seit längerer Zeit mit diesem Thema. Wir sind verunsichert darüber, was in der Presse veröffentlicht wird. Was bedeutet zum Beispiel die Stellungnahme von Greenpeace oder die anderen Zeitungsartikel. Das wollen wir abklären. Die Veranstaltung von heute ist genau das Richtige, um Fragestellungen dieser Art zu klären und das Weitergehen zu regeln.

Jürg Wiedemann, Forum TrinkwasserkonsumentInnen:

Unser Forum hat bereits mehr als 80 Mitglieder. Unser Ziel ist die Totalsanierung der Muttenzer Chemiemüllgruben. Das Trinkwasser ist ein Gut der Bevölkerung, das geschützt werden muss.

Heim: Welches sind die wichtigen Infos? Was soll die Öffentlichkeit erfahren?

Forster:

Das Chemiemülldeponieproblem ist kein Problem von Muttenz, sondern der ganzen Region Basel. Die Frage bleibt: Was ist mit dem Trinkwasser, und diese Frage wurde in den letzten vier Jahren nicht beantwortet.

Wiedemann:

Die entscheidende Frage ist, gibt es Giftstoffe im Trinkwasser, und seit heute morgen wissen wir von Greenpeace, dass solche eben vorkommen. Für mich ist es schockierend, dass die die Chemie und das AUE Baselland immer behauptet haben, dass es keine Fließströmungen ins Trinkwassergebiet Hard gibt, dass es gar nicht möglich sei, dass Giftstoffe von Mülldeponien ins Trinkwasser gelangen können. Entscheidend ist, dass solche krebserregende Substanzen nichts im Trinkwasser zu suchen haben.

Gemeinderat Andreas Meyer:

Entgegnet der Aussage, dass das Trinkwasser nicht analysiert werde. Die Hardwasser AG und das Kantonale Labor führen periodisch Trinkwasseranalysen durch.

Wolfgang Märki, Hardwasser AG:

Entgegen den Aussagen von Forter untersucht die Hardwasser AG den Grundwasserberg wöchentlich. Momentan ist es unmöglich, dass Substanzen aus den Muttenzer Deponien ins Trinkwasser gelangen können, es gibt gar keinen Zustrom. Wenn heute etwas im Wasser ist, dann muss das von früher schon im Boden drin gewesen sein und kann nicht von jetzt aus der Deponie stammen. Gewisse Stoffe werden um die Deponien im Grundwasser gemessen, die wir auch in der Hard gemessen haben. Wir müssen aber wissen, woher sie kommen. Die Hardwasser AG hat ihren Betrieb im Juni 1956 aufgenommen. Die Deponien existierten bereits zu Beginn der 50er Jahre, und das Grundwasser lief zu dieser Zeit direkt von Süden unter Muttenz durch unter der Hard durch zum Rhein. Da können sehr wohl irgendwelche Substanzen mitgeschleppt worden sein. Dann hat die Strömung etwas abgedreht und erst seit 1958 gilt das heutige Regime mit dem Wasserberg. Wie Prof. Huggenberger mit seinem Modell erklärte, kommen keine Strömungen von Norden her. Das entspricht unseren Betriebserfahrungen, dass das Wasser vom Berg nach Süden fließt und dann um die Hard herum zur Birs, zum Kraftwerk Birsfelden oder Schweizerhalle. Aktuell sehen wir keinen Zustrom von den Muttenzer Deponien ins Trinkwasser. Wenn etwas drin ist, dann muss das von früher drin sein und dies müssen wir nun untersuchen.

Forter:

Wenn diese Aussage stimmen sollte, dann könnten ja die Untersuchungen unterbrochen werden. Bis vor vier Jahren erklärte ich ihnen etwas über einen West-, bzw. Nordwest-Abfluss, da sagten sie, es gibt ihn nicht. Herr Schmassmann hat während 30 Jahren immer wieder Untersuchungen gefordert, um zu sehen, ob der Grundwasserberg als Schutzmechanismus funktioniert. Die Regierung Baselland hat die nötigen Gelder verweigert. Wenn sie behaupten, sie wüssten schon lange, wie die Geologie und Grundwasserströmungen verlaufen, dann wären die differenzierte Untersuchungen von Herr Huggenberger gar nicht nötig.

Huggenberger:

Es stellt sich unter bestimmten Randbedingungen immer ein momentaner Zustand ein, der sich ändern kann. Die Idee der Untersuchungen ist es, Erklärungen zu finden, wieso gewisse Substanzen gemessen werden und vor allem auch von wo sie kommen.

Wiedemann:

In diesem Saal gibt es vorallem Unsicherheiten bezüglich des Grundwassermodelles, Messmethoden und bezüglich der Gesetzgebungsprozesse. Mich interessieren nicht Unsicherheiten, sondern wir fordern Sicherheit. Wir haben Stoffe der Chemie im Trinkwasser gefunden. Wir haben Substanzen gefunden, mit denen die Chemie gearbeitet hat und welche die Umgebung der Deponien zum Teil mit Grenzwertüberschreitungen verschmutzen. Auf Homepage der Hardwasser AG heisst es: gemäss der Routineuntersuchungen stelle man keine Verunreinigungen fest. Ich habe aber heute von der Hardwasser AG gehört, dass sie diese Stoffe selber auch gefunden haben. Es ist brisant, dies in den Raum zu stellen, ohne dies vorher kommuniziert zu haben, und dass es andere Player braucht, die dies offenlegen.

Heim: Sind Verantwortungen wahrgenommen worden?

Urs Gujer, IGDRB:

Herr Wüthrich, Sie nehmen etwas an, sie wissen es aber nicht. Es sind erstmals Nachprüfungen über den Greenpeace-Test (im Nanobereich) zu machen, bevor dieser als richtig deklariert werden kann. Die Stoffe konnte man früher und kann man auch heute nicht den Deponien zurechnen. Sie alleine bringen keine neuen Erkenntnisse. Die Abfälle, die von unseren Firmen stammen, sind mengenmässig in Bezug auf das Gesamtvolumen zwischen einem und zwei Prozent. Daneben sind Gewerbe und Industrieabfälle jeder Art drin. Wir wollen wissen, was von den Deponien raus und was rein geht. Bis jetzt gibt es keine eindeutige Zuordnung.

Wüthrich Greenpeace, Frage an Herrn Wenger vom Bundesamt für Umwelt, Bafu: Der Bundesrat hat eine Strategie entwickelt, die besagt, wie Chemiemülldeponien behoben werden müssen. Ein Altlastenproblem, das über längere Zeit besteht, muss aktiv behoben werden. Ist die Bundesverwaltung bereit dafür zu sorgen, dass diese Ziele vom Bundesrat durchgesetzt werden?

Wenger, Bundsamt für Umwelt, Bafu:

Die gemessenen Werte sind (gemäss Tabelle) von den Konzentrationen weit unter den Trinkwassergrenzwerten. Sanierungsbedarf heisst nicht Ausbaggern. Ausgebaggert werden Deponien mit persistenten Altlasten. In unserem Falle sind dies keine persistenten Altlasten, die über Jahrhunderte im hohen Masse stark die Umwelt belasten. Wir haben Werte gesehen, die sind knapp unter dem Sanierungswert.

Forster:

Für die meisten dieser Stoffe gibt es gar keine Grenzwerte. Diese wurden in der Altlastenverordnung nie für Chemiemülldeponien verfasst, sondern für Durchschnittsdeponien. Wie kann man sagen, dass die Grenzwerte nicht überschritten wurden, wenn es diese gar nicht gibt?

Wenger:

Diese Grenzwerte kann man ausrechnen. Grenzwerte und Beurteilungen von Stoffen existieren in den USA, welche man übernehmen kann. Es sind Daten der amerikanischen Umweltbehörde. Das Problem besteht erst, wenn es für einen Stoff keine toxikologischen Daten gibt.

Wiedemann: Mich als Landrat schockiert, dass man gegen Massnahmen ist, die greifen und für die Bevölkerung eine Sicherheit darstellen. Die Bürger haben Angst, wenn sie hören, dass chemische, giftige Substanzen im Trinkwasser vorhanden sind. Ich möchte eine 100prozentige Sicherheit, dass das Wasser sauber ist, und nicht mit einer 100prozentiger Sicherheit wissen, wer verantwortlich dafür ist. Es ist ziemlich naheliegend, dass diese Substanzen von den Deponien kommen, und das genügt mir, um die Totalsanierung zu fordern.

Thomas Heim: Was haben wir gelernt?

GR Meyer:

Politische Einflüsse verlangen Kommunikation über verifizierte Tatsachen von Experten.

Forster:

Es ist und war eine politische Entscheidung, dass das Wasser nicht kontrolliert wurde; es ist keine technische Entscheidung. Es fällt auf, dass es nie untersucht worden ist. Früher hiess es, es würde gar nicht gehen, dass Stoffe gefunden werden, heute heisst es, die gefundenen Stoffe machen nichts aus. Die Bevölkerung ist schon verunsichert, wenn Daten werden nicht veröffentlicht.

Gujer:

Die Altlastenverordnung zeigt uns den Weg. Wir sind vertraglich verpflichtet und wir machen dies in aller Offenheit, d.h. alle Berichte, die vorhanden sind, sind bei den entsprechenden Ämtern und werden auch in der Gemeinde Muttenz offengelegt. Es gibt keine Geheimhaltung, alles ist offen und völlig transparent.

Heim:

Dankt den Teilnehmern des Hearings und der Podiumsdiskussion für die offene und faire Diskussion. Mit dieser Veranstaltung habe die BIG gemäss einer ihrer Kernaufgaben Transparenz geschaffen über die Untersuchungen und die unterschiedlichen Beurteilungen der bisherigen Erkenntnisse.

Für das Protokoll: Janine Rupf

25. September 2006